

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Arbeit und Soziales**

27. Sitzung

23. November 2023

Beginn: 09.11 Uhr

Schluss: 12.40 Uhr

Vorsitz: Lars Düsterhöft (SPD)

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

### Punkt 1 der Tagesordnung

#### **Aktuelle Viertelstunde**

**Christoph Wapler** (GRÜNE) stellt die vorab schriftlich eingereichte Frage:

„Warum werden die Fördermittel für das 'Willkommen-in-Arbeit'-Büro Spandau im Vergleich zum anderen Büro in Lichtenberg gestrichen?“

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) teilt mit, dass die Förderung für die beiden „Willkommen-in-Arbeit“-Büros in Spandau und Lichtenberg am 31. Dezember 2023 ende. Die zur Verfügung stehenden Mittel in Kapitel 1140 reichten nicht aus, um im Haushalt 2024/2025 alle bisherigen Angebote der Abteilung Arbeit in vollem Umfang fortzusetzen. Bei der Verteilung dieser Mittel seien entsprechend dem Koalitionsvertrag die Schwerpunkte auf die Berufsorientierung und Ausbildungsförderung gelegt worden; man habe sich auf die Sicherung der Infrastruktur der Bildungsberatung konzentriert, die für alle zugänglich sei. Nur damit werde der Zugang aller relevanten Zielgruppen einschließlich geflüchteter Menschen erreicht; so werde gewährleistet, dass 20 000 Beratungen im Jahr stattfänden.

**Christoph Wapler** (GRÜNE) hebt hervor, dass auch das Büro in Spandau ein etabliertes Angebot darstelle. Was sei der leitende Gedanke bei der Streichung dieses Büros gewesen? Wie

viele Beratungen habe dieses Büro durchgeführt? Wie solle der Wegfall dieses Angebots kompensiert werden?

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) betont, dass man sich auf die Projekte konzentriert habe, die allen gleichermaßen zukämen; so sei auch eine Kompensation gegeben. – Die Anzahl der Beratungen im Spandauer Büro werde er nachreichen.

**Katina Schubert** (LINKE) stellt die vorab schriftlich eingereichte Frage:

„Wie stellt der Senat die im Koalitionsvertrag festgehaltene Refinanzierung des Tarifvertrags zur persönlichen Assistenz im Arbeitgebermodell ab 2024 sowie in langfristiger Perspektive sicher, unter der Berücksichtigung des Kurzugtachtens, das hier vor zwei Wochen an die Senatorin überreicht wurde, sowie vor dem Hintergrund der Ziele, die bei der Strategiekonferenz Inklusion 2035 letzte Woche formuliert wurden?“

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) erklärt, die Fortführung dieses Tarifvertrags sei bereits in den Haushaltsanmeldungen des LAGeSo für den Doppelhaushalt 2024/2025 angenommen worden. Die von der vorherigen Koalition eingestellten Beträge hätten deutlich nicht ausgereicht, und mit SenFin habe man Kosten von insgesamt 12 Mio. Euro für das Arbeitgebermodell bzw. die betreffende Lücke errechnet. – Die Lücke für die Erhöhung von E3 auf E5 betrage kalkulatorisch ca. 9 Mio. Euro, und für die Flexibilitätszulage und weitere Punkte fielen ca. 3 Mio. Euro an. Der Senat habe zunächst 6 Mio. Euro ausverhandelt, und nach ersten Meldungen aus der Koalition sei es offenbar gelungen, die weiteren ca. 6 Mio. Euro bereitzustellen, wobei er federführend dem Abgeordneten Düsterhöft dafür danke, dass die Haushälter offenbar in dieser Hinsicht überzeugt worden seien.

**Katina Schubert** (LINKE) fragt, ob SenASGIVA eine Sicherheit z. B. in Form eines Auftragsbeschlusses anstrebe.

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) weist darauf hin, dass das in der Zuständigkeit des Haushaltsgesetzgebers liege. Für SenASGIVA sei mit den nun erwarteten Mitteln eine Sicherheit für die nächsten zwei Jahre gegeben, wobei einige Unwägbarkeiten wie die Tarif erhöhungen noch nicht abschätzbar seien.

**Lars Düsterhöft** (SPD) stellt die spontane Frage:

„Wie ist der aktuelle Sachstand in Bezug auf 24/7-Unterkünfte für obdachlose Menschen in Berlin?“

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) teilt mit, dass hinsichtlich des Objekts für das Projekt der Berliner Stadtmission – mit der Hälfte der vorgesehenen Plätze, für die anderen werde ohnehin eine Interessenbekundung erfolgen – bereits Besichtigungen und Gespräche vor Ort stattgefunden hätten, man aber am 20. November 2023 die Nachricht erhalten habe, dass das Objekt anderweitig vermietet werde. Zehn Tage vor dem Umzugstermin sei dies äußerst unschön. Nun müsse man sehen, ob die Berliner Stadtmission noch schnell eine andere Lösung finde, was sehr unsicher sei, sodass man wahrscheinlich eine Interessenbekundung für das gesamte Projekt der Berliner Stadtmission durchführen müsse.

**Lars Düsterhöft** (SPD) fragt nach, wann über das Interessenbekundungsverfahren diese zweite Unterkunft zur Verfügung stehe, die bereits ausfinanziert sei.

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) erklärt, man sei dabei, die Interessenbekundung vorzubereiten. Die Zeitabläufe könne er noch nicht nennen.

**Maik Penn** (CDU) stellt die spontane Frage:

„Wie gestaltet sich im Zusammenhang mit den Themen Kältehilfe, Unterbringung von Geflüchteten sowie ordnungsrechtliche Unterbringung die praktische Umsetzung von Duldungen in den Bezirken?“

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) betont, dass man keinen Hebel habe, um der betreffenden Aufforderung an die Bezirke unmittelbar mehr Druck zu verleihen. Man könne lediglich nochmals darauf hinweisen, genauer nach Möglichkeiten zu schauen und vieles zu ermöglichen, und hinsichtlich einzelner Objekte verdeutlichen, wie wichtig dieses Thema sei. Entscheidend sei aber die Prüfung vor Ort, und wenn dort jemand z. B. auf ein Brandschutzthema verweise, könne SenASGIVA nicht einfach sagen, dieses Thema sei nicht so dringend.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft** stellt fest, dass keine weiteren Fragen vorlägen und der Tagesordnungspunkt abgeschlossen sei.

## Punkt 2 der Tagesordnung

### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) berichtet über das Spitzentreffen zum Integrationssturm des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, bei dem Senatorin Kiziltepe als Vorsitzende der Arbeits- und Sozialministerkonferenz vor Ort gewesen sei. Erfreulicherweise sei der Blick dieses Ministeriums auf den Bereich der Integration und nicht den der Abschottung gelenkt, und hierfür sei wiederum Arbeit ein besonderer Schlüssel.

Die Strategiekonferenz Inklusion habe einen guten Auftakt dargestellt, denn die Betroffenen hätten große Bedarfe und berechtigte Interesse, und gesamtgesellschaftlich sei man noch nicht dort, wo man sein wolle. Deswegen sei man auf dem Weg zu einem „Berlin inklusiv 2035“; es solle ein partizipativer Prozess sein, wo man die kleinen Schritte in den Blick nehme und nicht auf eine große Visionen warte. Selbstkritisch müsse man festhalten, dass man in der Strategiekonferenz trotz Vorbereitung von Experten nicht alles bedacht habe, was eine inklusive Gesellschaft benötige.

Aus den Personalversammlungen beim LAGeSo und in seinem Haus könne er den Wunsch mitteilen, dass man den Informationsbedarf der Abgeordneten stets gut erfüllen solle. Das Ausmaß der Schriftlichen Anfragen sei extrem hoch, sodass dies zu einer großen Belastung führe. Insofern bitte er darum, dass man nach Möglichkeit zunächst versuche, Fragen bilateral im Gespräch zu klären, und ein wenig auf die Ressourcen der Verwaltung achte.

**Taylan Kurt** (GRÜNE) bittet um aktuelle Informationen zum Trailerpark.

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) erklärt, dieses Thema gehöre nicht originär in die Zuständigkeit von SenASGIVA, und er könne dazu ohnehin gegenwärtig keine befriedigenden Antworten geben. Man sei ständig im Diskurs und versuche, den Bezirk zu unterstützen, indem man z. B. eine Sozialberatung vor Ort organisiert und die Unterstützung bei der fremdsprachlichen Beratung angesprochen habe. Aus Sicht von SenASGIVA wäre ein schrittweiser Auszug mit Lösungen für die einzelnen Personen der richtige Weg gewesen. Nun habe der Bezirk einen schnellen Weg gewählt. Senatorin Kiziltepe sei am 20. November 2023 vor Ort gewesen, um an diesem Problem dran zu sein.

**Taylan Kurt** (GRÜNE) fragt, ob es ein Clearing gebe, um zu wissen, wie viele Menschen dort seien und wie viele welche sozialhilferechtlichen Ansprüche hätten. Nach Presseberichten seien dort auch wohnungslose Menschen mit einem Anrecht auf eine ordnungsbehördliche Unterbringung, die dieses Angebot aber nicht angenommen hätten, weil sie sonst Selbstzahler wären. Mit diesen Angaben könnte man klären, warum so viele Menschen dort freiwillig gelebt hätten und von den Vermietern „ausgenommen“ worden seien, anstatt andere Angebote des Hilfesystems anzunehmen. – Wie sei der aktuelle Stand hinsichtlich des Erlasses einer Gebührenordnung für die Wohnungslosenunterkünfte?

**Katina Schubert** (LINKE) hebt hervor, dass die Schließung eines der beiden WIA-Büros der Integrationsoffensive des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales widerspreche. Es sei vordringlich, geflüchteten Menschen einen schnellen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen. Dass für ein zweites Büro die Mittel fehlten, sei keine überzeugende Begründung.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft** nimmt für seine Fraktion Stellung. – Trotz der misslichen Lage für die Betroffenen sei er froh, dass hinsichtlich des Trailerparks eine Klärung erfolgt sei. Er habe in seinem Wahlkreis bei dem ersten Grundstück von Herrn Ziegler mitverfolgen können, was dort ablaufe. Die Menschen seien von dort herausgeholt und in Wohnungen ordentlich untergebracht worden, aber am nächsten Tag seien schon wieder neue Bewohner angekommen und hätten eine deutliche Miete gezahlt, wobei das Jobcenter diese unter Umständen noch habe finanzieren müssen. Er hoffe, dass der Bezirk Treptow-Köpenick am dritten Standort Bahnhof Grünau dranbleibe und eine Lösung im Interesse der Menschen finde. – Sei die strafrechtliche Verfolgung von Herrn Ziegler thematisiert worden?

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) erklärt, dass er zu der Frage des Vorredners nichts sagen könne. – Die vom Abgeordneten Kurt erbetene Übersicht zum Trailerpark in Lichtenberg werde man nachreichen. Die angeführte Gebührenordnung orientiere sich an der in Hamburg und stehe kurz vor dem Abschluss; sie liege bei SenFin zur Schlusszeichnung. – Der Schließung des einen WIA-Büros liege die Abwägung zugrunde, dass Angebote, die allen Menschen zugutekämen, einen Vorrang hätten. Diese Entscheidung sei der Haushaltslage geschuldet und keineswegs erfreulich.

**Catrin Wahlen** (GRÜNE) fragt, wann die Ergebnisse der Auftaktveranstaltung der Strategiekonferenz Inklusion und der weitere Fahrplan zur Verfügung gestellt würden.

**Katina Schubert** (LINKE) erklärt, die vergleichsweise geringen Mittel für ein kleines Büro in Spandau seien mit Blick auf den gesamten Haushalt sicherlich irgendwie bereitzustellen. Hier stimme etwas an der Prioritätensetzung nicht.

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) merkt an, dass jeder Fachpolitiker für seinen Einzelhaushalt mehr Mittel für erforderlich halte. Die Prioritäten seien insgesamt gut gesetzt. – Durch die Neuwahlen habe man die Strategiekonferenz nicht lange genug vorbereiten können, um zu einem partizipativen Prozess mit der Zielgruppe zu kommen. Der Prozess solle auch möglichst paritätisch betrachtet werden, sodass nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Zielgruppe benenne, was nicht so gut gelaufen sei, um dann belastbare Informationen für erforderliche Änderungen zu haben.

**Dr. Julia Würtz** (SenASGIVA) teilt mit, dass die Arbeitsgruppen der Strategiekonferenz im Nachhinein die Ergebnisse ausarbeiteten, und diese würden zeitnah auf der Website veröffentlicht.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft** stellt fest, dass keine weiteren Fragen vorlägen und der Tagesordnungspunkt abgeschlossen sei.

#### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0091](#)  
**Teilhabe von gehörlosen Menschen: Angebote und** ArbSoz  
**Finanzierung**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung

Protokollierung siehe Wortprotokoll.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0104](#)  
**Aktuelle Situation und Weiterentwicklung des** ArbSoz  
**Berechtigungsnaehweises (alt „Berlin-Pass“)**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Protokollierung siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Aktueller Stand und Umsetzung des  
Partizipationsfonds**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0089](#)  
ArbSoz

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.